



100 Tage Regierung Topolanek Kontroverse Diskussion um Raketenabwehr Christdemokratischer Vizepremier Cunek bestechlich?

Nach über einem halben Jahr an Koalitionsverhandlungen ist die neue tschechische Regierung nun gut 100 Tage im Amt. Die Koalition aus der konservativen ODS, der christdemokratischen



KDU-CSL und den Grünen unter Premierminister **Mirek Topolánek** (ODS) ist mit einer problematischen

Ausgangskonstellation konfrontiert: Sie

selbst verfügt im tschechischen Parlament nur über 100 von 200 Sitzen. Unterstützung erhält sie jedoch von zwei fraktionslosen Parlamentariern. Sie gehörten ehemals den oppositionellen Sozialdemokraten an.

Trotz dieser Ausgangslage hat sich die Regierung nun daran gemacht, ein groß angelegtes Reformprogramm zu verabschieden.

Premier Topolanek stellt Reformprogramm vor: 15% flat tax? Ja ist denn heut' schon Weihnachten?

Erklärtes Ziel der ODS im Wahlkampf: eine radikale Vereinfachung des Steuersystems und die Einführung einer Einkommenseinheitssteuer (Flat Tax). Die Reformvorschläge gelten als die markantesten Eingriffe in das Steuersystem und in die Struktur der Sozialleistungen seit 1993. Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen und gut 100 Tagen im Amt sorgen nun aber diese von Premierminister Mirek Topolánek vorgelegten Reformpläne für kontroverse Diskussionen..

Das Kernstück des Reformpaketes ist ein einheitlicher Einkommenssteuersatz von 15 Prozent. Ausgangspunkt soll aber nicht das Arbeitnehmerbrutto, sondern das Arbeitgeberbrutto, in das die Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge mit eingerechnet werden, sein. Ein weiterer Eckpunkt der Reform ist die Anhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von fünf auf neun Prozent. Damit dürften Lebensmittel, Medikamente, aber auch Brennstoffe teurer werden. Darüber hinaus werden die Steuerfreibeträge angehoben sowie auf der anderen Seite Abzugsmöglichkeiten einschränkt. Ein weiterer Bestandteil des Reformpake-



tes ist die schrittweise Senkung der Unternehmenssteuer von derzeit 24 Prozent auf 19 Prozent bis zum Jahre 2010. Nach dem Urteil zahlreicher Ökonomen dürfte nach der Reform die Steuerlast insgesamt aber weiterhin bei rund 35 Prozent je Einkommenssteuersubjekt liegen.

Bis zum geplanten Inkrafttreten der Reformen im Januar 2008 wird Premierminister Topolánek aber noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. Denn: sowohl die Sozialdemokraten und Kommunisten als auch die Führung des tschechischen Gewerkschaftsverbandes lehnen die geplanten Reformen als unsozial ab. Und es droht weiterer Ungemach: seitens der Abgeordnetenfraktion der ODS könnte es an ausreichendem Rückhalt für die

Reformen mangeln. So ist der ehemalige Finanzminister



Vlastimil Tlustý (ODS) den neuen Plänen gegenüber eher skeptisch. Er

glaubt, dass schärfere Schnitte möglich sind. Sein eigenes Steuerkonzept sieht unter anderem die Einführung eines Einheitssteuersatzes von 12 Prozent für physische und rechtliche Personen, eine Senkung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent sowie eine Vereinfachung des Steuersystems vor.

Die Regierungskoalition knüpft derweil ihr Fortbestehen an die erfolgreiche Verabschiedung des Paketes: „Wir haben Reformen versprochen. Ansonsten hat diese Regierung kein Recht auf eine weitere Existenz“, so Topolánek. Sollte es also nicht zur Verabschiedung des Reformpaketes kommen, könnten vorgezogene Neuwahlen folgen.

Gesundheitsreform: höhere Zuzahlungen in der Diskussion

Weitere Reformen stehen in Tschechien auch im Bereich der Gesundheitswesens an. Minister **Tomas Julínek** präsentierte seine Reformvorschläge. So soll die Rezeptgebühr 30 Kronen, also rund ein Euro betragen, ebensoviel wie für einen Arztbesuch.



Die Zuzahlung für einen Krankenhaustag beträgt dann 60 Kronen für die Nutzung der Notaufnahme 90 Kronen. Damit fallen die Zuzahlungen höher aus als ursprünglich angenommen wurde. Zu den Vorwürfen von Patientenvereinigungen, die Zuzahlungen für alte Menschen und chronisch Kranke seien nicht tragbar, meint Ministeriumssprecher Tomas Cikrt: „Das sind regulierende Zuzahlungen, die niedrig genug sind, um keine sozialen Zugangsbeschränkungen zu schaffen. Sie sind dazu da, die übermäßige Beanspruchung des Gesundheitswesens einzuschränken.“ Für die private Zuzahlung soll zudem eine Obergrenze von 5.000 Kronen (etwa 178 Euro) im Jahr gelten. Unmut über die Pläne Julíneks äußerten auch mehrere Ärzteverbände. Sie befürchten zusätzlichen Verwaltungsaufwand in den Praxen und eine erschwerte Arbeit angesichts verärgerter Patienten. Zur Erarbeitung konkreter Vorschläge für eine umfassende Gesundheitsreform will Julínek nun eine Kommission aus Experten und Parlamentsabgeordneten einberufen.



Kontroverse Diskussion um Radarabwehr

Erhitzte Gemüter allerorten: Die Frage nach der Stationierung einer Radaranlage der USA auf tschechischem Boden wird weiterhin kontrovers diskutiert.

Die USA befürchten Angriffe des Iran mittels Raketen aus ihr Land, das Raketenabwehrsystem dient als Abwehrmechanismus gegen die Bedrohung. Diese Schutzfunktion kommt zudem allen europäischen NATO-Mitgliedstaaten zugute. Die Installierung des Abwehrschirms in den beiden östlichen EU-Staaten könnte die Einbindung Tschechiens und Polens in die Europäische Gemeinschaft und die NATO stärken und neue Arbeitsplätze schaffen. Um das Radarsystem liegende Ortschaften könnten wirtschaftlich profitieren. Vertreter der amerikanischen Regierung weisen zu Recht darauf hin, dass der Vorwurf der fehlenden Einbindung der europäischen Partner jeglicher Grundlage entbehrt. Bereits im Jahr 2002 wurden die Pläne im Rahmen der NATO-Frühjahrstagung vorgestellt und in allen Einzelheiten diskutiert.

Russland hingegen befürchtet ein neues Aufrüstungskarussell. Mit der Einrichtung des Schirmes würde das Gleichgewicht der beiden militärischen Großmächte gestört. Das Abwehrsystem könnte, wenn es auch jetzt vielleicht nicht gegen Russland gerichtet wäre, doch zumindest gegen Russland militärstrategisch genutzt werden.

Die USA wollen ihren bestehenden Abwehrschirm, installiert in Großbritannien und Grönland, durch Raketenstellungen in Polen und ein Radarsystem in Tschechien erweitern, um vor Angriffen des Iran geschützt zu sein.

Das mittelböhmische Militärgebiet Brdy könnte ein möglicher Standort des Radarsystems sein.

In symbolischen Umfragen bzw. Referenden ohne bindende Wirkung für das tschechische Kabinett lehnten Bewohner zweier Dörfer, die unweit der geplanten Radaranlage liegen, die Stationierungspläne ab. Premierminister Mirek Topolánek diskutierte im Dorf Borovno mit Bewohnern über die geplante Stationierung der Radaranlage. Die Veranstaltung wurde immer wieder mit Pfiffen und Zwischenrufen unterbrochen.

Dabei ist die Frage nach der eventuellen Abhaltung eines Referendums über die Stationierung noch nicht endgültig beantwortet. Die oppositionellen Sozialdemokraten befürworten ein solches Referendum. Nach Ansicht der tschechischen Verteidigungsministerin **Vlasta Parkanova** (Christdemokraten, KDU-CSL) entscheiden darüber allein die gewählten Volksvertreter. Über die tschechische, europäische und transatlantische



Sicherheit könnten nicht einige Dutzend Menschen in einem Referendum entscheiden, so zugespitzt die Verteidigungsministerin. Topolánek weist darauf hin, dass die Verfassung die Durchführung eines Referendums zu Sicherheitsfragen nicht vorsieht. Dessen ungeachtet wird sich das Abgeordnetenhaus des tschechischen Parlaments weiterhin mit dem Gesetzentwurf über die Durchführung eines Referendums befassen. Der von den Sozialdemokraten und Kommunisten vorgelegte Entwurf wurde zwar in der ersten Verhandlungsrunde nicht abge-

lehnt; die Chancen, dass dieser gebilligt wird, sind aber gering.

Einig zeigten sich dagegen Präsident Vaclav Klaus und der US-amerikanische Botschafter in Prag, Richard Graber: die Frage nach der Stationierung der Radaranlage müsse nach wie vor auch mit Russland diskutiert werden. Dabei könnten nach Auskunft von Vizepremier Alexandr Vondra die Verhandlungen erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres beendet werden. Über ein Abkommen zur Stationierung amerikanischer Soldaten in Tschechien verhandele man aber in Kürze.

Im Rahmen eines Treffens zwischen Außenminister Steinmeier und seinem tschechischen Amtskollegen **Fürst**



Schwarzenberg

Mitte Mai in Berlin verständigte man sich auf einen Dialog zwischen NATO und Russland, in dessen Verlauf eine einvernehmliche Lösung gefunden werden soll. Russland, und ebenso die SPD, kritisieren das amerikanische Vorhaben. Russland möchte das Verhältnis zu Europa nicht durch diese Diskussion beschädigt sehen. Zuvor waren jedoch Gespräche zwischen Moskau und der NATO gescheitert. Offizielle Verhandlungen zwischen Tschechien und den USA begannen am 9. Mai.

Schwarzenberg betonte in einem Interview mit einer Passauer Zeitung die Gesprächsbereitschaft Tschechiens bezüglich sämtlicher Aspekte des Radarsystems mit allen NATO-Partnern. Die endgültige Entscheidung über die Installierung des Systems würde aber nicht von der NATO oder den USA gefällt, sondern von Tschechien selbst.

In der tschechischen Diskussion ist deutlich, dass es um einen Abwehrschirm gegen die Bedrohung mit Langstreckenraketen aus islamistischen Staaten geht.

Die Tschechen wollen dabei durchaus den USA helfen, sehen aber, dass Russland sich bedroht fühlt. Dem möchte man auch Rechnung tragen. Der tschechische Außenminister will diplomatische Mittel einsetzen, um die Russen von der Notwendigkeit des Schirms zu überzeugen. Dabei hilft auch die gemeinsame slawische Herkunft und die Tatsache, dass die tschechische Elite immer noch recht passabel russisch spricht. Die Tschechen erhoffen sich, selbst vor einer Gefahr geschützt zu werden, die sie als real betrachten. Ferner wollen sie dem Bündnispartner USA helfen und sich verteidigungspolitisch profilieren. Zu guter Letzt spielen auch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle. Ein Abwehrschirm gegen Russland wird nicht ernsthaft diskutiert.

Fortschritte in der EU-Verfassungsdebatte

Die Bemühungen zur Beilegung der europäischen Verfassungskrise finden in Tschechien momentan auf allen politischen Ebenen statt. So konstatierte Präsident Vaclav Klaus nach einem dreistündigen Gespräch mit Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin Angela Merkel einen qualitativen Fortschritt in der Debatte über die institutionellen Reformen der Europäischen Union. Besonders positiv bewertete Klaus dabei die deutsche Bereitschaft zu informellen Gesprächen. Auch die drei Regierungsparteien einigten sich auf ein gemeinsames Positionspapier zu den geplanten institutionellen Reformen. Das Papier beruht laut Vize-

premier für europäische Angelegenheiten Alexandr Vondra auf einem früheren Abkommen der Koalitionsparteien. In diesem hatten sie sich darauf geeinigt, dass der geplante EU-Verfassungsvertrag nicht die Begriffe "Verfassung" oder "EU-Außenminister" enthalten sollte. Nach Auskunft des deutschen Staatsministers für Europa, Günter Gloser, der zu Gesprächen mit Vertretern von Regierung und Opposition in Tschechien weilte, gibt es „Grund für kontrollierten Optimismus“. Er glaubt, dass die tschechische Koalitionsregierung „ein Grundverständnis“ für ein neues Dokument besitzt.

Derweil ist die tschechische Bevölkerung mit Blick auf den Verfassungsvertrag weiterhin gespalten. Drei Fünftel der Befragten meinten in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes STEM für den Monat April, dass eine Europäische Verfassung für die Arbeit der EU nicht notwendig sei. Darüber hinaus sprach sich auch die Hälfte der Umfrageteilnehmer für einen neuen, einfacheren und weniger ambitionierten Text aus.

Vizepremier bestechlich? Vorwürfe gegen den Christdemokraten belasten Regierung

Der Verdacht der Bestechlichkeit gegen den Vorsitzenden der Christdemokraten (KDU-CSL) und Vizepremier



Jiri Cunek und seine umstrittenen Äußerungen zu den Roma belasten weiterhin die

Arbeit der Koalitionsregierung. Cunek soll in seiner Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Vsetín im Jahr 2002 Bestechungsgelder von einem Vertreter einer Immobilienfirma entgegengenommen haben. Und dann noch das: „Wer staatliche

„Wer staatliche Unterstützung erhalten möchte, muss nur ein wenig ins Solarium, veranstaltet mit der Familie Chaos und macht auf dem Marktplatz Feuer.“ Die Grünen als Koalitionspartner der ODS und der Christdemokraten reagierten auf diese Äußerung empört. Nach ihrer Auffassung beschädigt der Verbleib des Vizepremiers das Ansehen der Regierung. Sie drohten mit Rückzug aus der Regierung, falls Cunek nicht selbst Konsequenzen zöge. Sie stellten jedoch kein Ultimatum zur Abberufung Cunekes, wie dies einige Parteimitglieder forderten. Auch in der eigenen Partei wird Cunekes Position von einigen Mitgliedern kritisch hinterfragt. So wollte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der KDU-CSL, Pavel Severa, mit einem an Cunek gerichteten Appell das Präsidium der Partei dazu bewegen, mehr Druck auf den Parteichef auszuüben. Seine Initiative verhallte jedoch. Severa trat von seiner Funktion als Vizefraktionschef zurück.

Premierminister Mirek Topolánek wies im Rahmen einer Talkshow darauf hin, dass er Cunek mit Rücksicht auf die Zerbrechlichkeit der Koalition noch nicht abberufen hätte. Er wollte sich vor diesem Schritt aber auch nicht drücken, sollte er unausweichlich werden. In einer Befragung im Abgeordnetenhaus sagte Topolánek, dass er momentan noch abwarte, ob die Staatsanwaltschaft gegen Cunek wegen Korruption Anklage erhebe. Auch der Vorsitzende der Grünen, Martin Bursik, äußerte sich dahingehend, dass er in den kommenden Wochen eine weitere Entwicklung in dem Fall erwarte.

Tariftreit bei Škoda-Auto beigelegt

Skoda-Personalchef Martin Jahn bezeichnete die Einigung als „Sieg des



gesunden Menschenverstandes“. Dem Abschluss gingen mehrere fehlgeschlagene Verhandlungsrunden und ein Warnstreik in den drei tschechischen Škoda-Werken voraus.

Der Tarifabschluss bei den Skoda-Werken hat traditionell eine wichtige Vorbildfunktion für die Lohnentwicklung in Tschechien inne. Skoda ist das Flaggschiff der tschechischen Volkswirtschaft mit 7,2 Milliarden Euro Umsatz und 28 000 Beschäftigten.

Die Löhne der Beschäftigten sollen nun beginnend mit diesem Jahr insgesamt um 12,7 Prozent in 21 Monaten steigen. Ursprünglich hatte die Gewerkschaft 17 Prozent mehr Lohn gefordert. Eine Lohnsteigerung der Unternehmensführung von de facto 13 Prozent hatte sie zunächst abgelehnt. Die Geschäftsleitung nahm daraufhin ihr Angebot auf 7,5 Prozent zurück. Die Belegschaft streikte.

Die ursprünglich hohen Lohnforderungen bei Škoda-Auto interpretieren Beobachter als Ausdruck wirkender Marktmechanismen. Gut ausgebildete Arbeitnehmer werden in Tschechien allorts gesucht; der Gang ins Ausland stellt für viele eine reelle Alternative dar. „Die Lohnentwicklung beginnt sich diesen Umständen anzupassen.

Experten warnen jedoch: Zu hohe Lohnforderungen überfordern die vielfach unterkapitalisierten Firmen. Dies hätte negative Folgen für das tschechische Wirtschaftswachstum.

Mutmaßlicher Wirtschaftskrimineller festgenommen

Nach einer fast zwei-jährigen Flucht nahm die südafrikanische Polizei den tschechischen Geschäftsmann Radvan Krejcir, dem Steuerbetrug in Milliardenhöhe und Vorbereitungen zu einem Mord vorgeworfen werden, fest. Bei seiner ersten Festnahme im Juni

2005 in Prag war ihm zunächst eine spektakuläre Flucht gelungen. Nur wenige Monate danach tauchte Krejcir dann auf den Seychellen auf. Diese unterhalten jedoch kein Auslieferungsabkommen mit Tschechien. Krejcir besitzt auch die Staatsbürgerschaft der Seychellen. Letztendlich führte nun die Zusammenarbeit der Geheimdienste zur Festnahme Krejcirs. Innenminister Ivan Langer betonte, dass „die Festnahme [...] kein Werk des Zufall [war], sondern Ergebnis einer langen und intensiven internationalen Zusammenarbeit. Außer den tschechischen Behörden waren daran noch andere aus mehr als fünf Ländern beteiligt. Dieser internationale Kooperation kommt große Bedeutung zu.“

Der Zugriff wurde erst möglich, als Krejcir sein sicheres Inselasyl verließ und versuchte, unter falschem Namen nach Südafrika einzureisen. Dort wollte er sich offensichtlich zusätzliche Mittel beschaffen. Zudem hieß es aus Geheimdienstkreisen, dass sich Krejcir auf den Seychellen möglicherweise Feinden geschaffen hätte. Unklar ist dagegen noch, wann Krejcir in Tschechien vor Gericht gestellt werden kann. Der tschechische Justizminister Jiri Pospisil gab zu, dass es bis zur Auslieferung Krejcirs noch Monate oder sogar Jahre dauern könnte.

Konrad-Adenauer-Stiftung Außenstelle Prag

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Ulrich Hansel
Sebastian Kruse

Klimentská 46
110 02 Praha 1
Tel.: 00420-222 320 190
Fax: 00420-222 320 198